

# BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM GEMEINDERAT STUTTGART

An die Lokalredaktionen  
der Stuttgarter Medien

Stuttgart, 12. März 2019

## **GRÜNE schlagen Frau Dr. Alexandra Sußmann als „Beigeordnete für Soziales und gesellschaftliche Integration“ vor**

**Die Fraktion der GRÜNEN im Stuttgarter Gemeinderat hat heute Frau Dr. Alexandra Sußmann für die ausgeschriebene Stelle einer Beigeordneten für Soziales und gesellschaftliche Integration der Landeshauptstadt Stuttgart vorgeschlagen.**

Dr. Alexandra Sußmann, derzeit Büroleiterin des Chefs der Staatskanzlei Baden-Württemberg, bringt die gewünschten „umfassenden Kenntnisse und vielseitigen kommunalpolitischen Erfahrungen“ mit, die sie nach Ansicht der GRÜNEN in besonderer Weise für das Amt qualifizieren:

Dr. Alexandra Sußmann, geb. 1976, hat nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg und Wiesbaden 2006 in Würzburg mit dem Thema: „Rechtsschutz- und Vollzugsdefizite im deutschen Umweltrecht unter Berücksichtigung supranationaler und internationaler Vorgaben“ promoviert.

Im Dezember 2006 ist sie in den Justizdienst am Sozialgericht Stuttgart eingetreten und wechselte im Oktober 2012 an das Verwaltungsgericht Stuttgart als Berichterstatterin der 2. Kammer mit den Schwerpunkten Asylrecht, Ausländerrecht, Jugendhilfe, Kommunalrecht, Baurecht, Erschließungsbeitragsrecht.

Rathaus Stuttgart  
Zimmer 8  
Marktplatz 1  
70173 Stuttgart

Tel: 0711/216-60724  
0711/216-60722  
Fax: 0711/216-60725

[gruene.fraktion@stuttgart.de](mailto:gruene.fraktion@stuttgart.de)  
[www.lust-auf-stadt.de](http://www.lust-auf-stadt.de)



Von Dezember 2014 an war sie für Grundsatzfragen des Ausländer- und Asylrechts am Staatsministerium Baden-Württemberg zuständig.

Im Juli 2016 wurde Dr. Alexandra Sußmann zur Vizepräsidentin am Regierungspräsidium Stuttgart ernannt und leitet seit Januar 2018 das Büro des Chefs der Staatskanzlei.

Berufsbegleitend hat sich Frau Dr. Sußmann an der Universität Stuttgart zur Mediatorin weitergebildet und geht sozialrechtlichen Lehrverpflichtungen an der DHBW Stuttgart und an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg für Sozialrecht (SGB II) nach. Zugleich ist sie seit Juni 2013 Mitautorin des Kommentars Bergmann/Dienelt, Ausländerrecht.

Andreas Winter, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Stuttgarter Gemeinderat: „Frau Dr. Sußmann hat uns von ihren Erfahrungen als Sozialrichterin erzählt, darüber, wie Armut krank und Krankheit arm machen kann – eine Verwaltung müsse daher auch die Einzelschicksale in den Blick nehmen. In Armut, Krankheit, Rückzug und der hierdurch bedingten fehlenden sozialen Teilhabe sieht sie wesentliche Instabilitätsfaktoren unserer modernen Zivilgesellschaft. Wir sind überzeugt, Alexandra Sußmann hat neben ihrer beruflichen Qualifikation auch die menschlichen Qualitäten für dieses Amt.“

Kommunalpolitische Erfahrungen sammelte Frau Dr. Sußmann am Regierungspräsidium Stuttgart und im Staatsministerium Baden-Württemberg. Besonderen Einblick in die Stuttgarter Verhältnisse erhielt sie durch die Kommunalaufsicht am Regierungspräsidium. Sie kennt Verwaltungsabläufe und hat gezeigt, dass sie eine große Behörde führen kann.

Anna Deparnay-Grunenberg, Fraktionsvorsitzende: „Wir freuen uns, eine hervorragende und besonders qualifizierte Frau für die Nachfolge von Werner Wölfle vorschlagen zu können. Dass sie zudem seit mehr als zehn Jahren sehr gern im grünen Stuttgart lebt und sich in einem hohen Maß mit der Landeshauptstadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern identifiziert, sind gute Vorbedingungen für eine erfolgreiche Bürgermeisterin.“

Frau Dr. Sußmann kennt die Herausforderungen und die Verantwortung, die einer Sozialbürgermeisterin in Stuttgart zukommen und freut sich darauf, sich zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt einbringen zu dürfen: „Das Vertrauen, das die grüne Fraktion mir gegenüber ausgesprochen hat, bestärkt mich in meiner Bewerbung. Die Themen ‚Soziale Teilhabe und gesellschaftliche Integration‘ begleiten mich von Beginn an in unterschiedlicher Form am Sozialgericht, Verwaltungsgericht oder in der Verwaltung. Ich möchte mich als Bürgermeisterin dort einbringen, wo die größte Betroffenheit besteht: Das ist vor Ort in den Kommunen. Sie sind ein wichtiger Baustein für unsere demokratische Gesellschaft, denn alle abstrakten Regelungen und Entscheidungen der Exekutive und Legislative werden dort konkret.“

Die Stelle des/der Beigeordneten für Soziales und gesellschaftliche Integration wurde zum Ende der Amtszeit von Bürgermeister Wölfle ausgeschrieben. Dieser hat zu Beginn des Jahres erklärt, nicht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Im Rathaus besteht Konsens, dass der amtierende Gemeinderat die Nachfolgerin wählt. Das Vorschlagsrecht der GRÜNEN wird von den anderen Fraktionen nicht in Frage gestellt.